

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

No 244.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Dienstag, den 20. Oktober.

Insertate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Das serbische Wagstück.

Der König Milan von Serbien hat am Freitag ein Kriegsmanifest erlassen und gegen die der Hofe so überaus günstigen Beschlüsse der Botschafterkonferenz in Konstantinopel in aller Form protestirt. Mit der Wiener Unterbank wurde von Serbien eine Monturlieferung für 500,000 Mann abgeschlossen. Die Nachricht, daß ein Teil der bei Niisch konzentrierten Armee bereits die Grenze überschritten habe, blieb zwar bis jetzt ohne Bestätigung, doch ist es fast unvermeidlich geworden, daß in Völsche Serben und Türken auf dem blutdurchtränkten Boden Albaniens hart aufeinanderstoßen. Dorthin haben die Türken, welche sich von dem absichtlich ausgestreuten Gerücht eines Einmarches der Serben in Bulgarien nicht irre machen ließen, in letzter Zeit den Schwerpunkt ihrer Rüstungen gelegt und eine Militärmacht geworden, welche den Serben den hartnäckigsten Widerstand entgegenzusetzen dürfte. Der türkische Kommandant Weisell Pascha erließ in Djatowa im Namen des Sultans eine allgemeine Amnestie und bot eine friedliche Verständigung mit den empornten Stämmen der Albanesen an. Dadurch konnte Asim Pascha mit vier Bataillonen Nizam-Truppen von Berana nach Stolpe abrücken und dort zu den türkischen Abtheilungen stoßen, welche wegen des Verdachts einer serbischen Invasion in Kristina zusammengezogen wurden. Für den König Milan giebt es kein Zurück mehr, nachdem die Mächte ihm die verlangte Entschädigung für das durch die bulgarische Union auf der Balkanhalbinsel gestörte Gleichgewicht rund abgeschlagen haben. Er muß Alles auf die Spitze des Schwertes stellen, oder sein Land als geächteter Flüchtling verlassen. Das Erstere wird von ihm schon deshalb vorgezogen, weil er sich davon überzeugt hält, daß Oesterreich-Ungarn, an dessen Politik er sich so eng angeschlossen, als er sich dem russischen Einfluß entzog, im Falle einer Niederlage für ihn eintreten muß. Es wird behauptet, daß der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Kalnothy, dem Serbenkönig gewisse Zusicherungen erteilt habe, diesen ihn zu seinem jetzigen Wagstück ermutigen. Sollte dies auch nicht der Fall sein, so dürfte trotzdem eine Niederlage Milans Oesterreich-Ungarn in die Nothwendigkeit versetzen, für ihn einzutreten. Träte es in solchem Falle nicht in die Bresche, so würde die in letzter Zeit in Belgrad weit zurückgedrängte panslavistische Partei Milan verjagen und sich nach Rußland in die Arme werfen, was für Oesterreich den vollständigen Untergang seiner neuen Balkanpolitik zu bedeuten hätte.

Offenbar ist Serbien zu klein, um allein der Türkei zu widerstehen. Auf einem Areal von 48 582 Quadrat-Kilometer beherbergt es 1 865 683 Einwohner, von denen der Nationalität nach 1 177 776 Türken, 2193 Albanesen, 27 300 Jünger, die Uebrigen aber Serben griechisch-orthodoxer Konfession sind. Das serbische Heer, welches im Frieden nur 13 000 Mann zählt, kann in Kriegszeiten auf 265 000 Mann gebracht werden, was der militärische Sinn der serbischen Nation wesentlich erleichtert. Schlimmer ist es mit den finanziellen Hilfsmitteln bestellt, denn wenn auch in den letzten Jahren die Staatseinnahmen mit etwa 28 Millionen Mark die Ausgaben vollständig deckten, war doch bereits die bedeutende Staatsschuldenlast von 180 Millionen Mark vorhanden, was pro Kopf 85,8 Mark beträgt. Dagegen hat das gesammte türkische Reich einen Flächeninhalt von 2 090 340 Quadrat-Kilometer und eine Einwohnerzahl von 21 438 846. Davon entfallen auf 9 Vilajets in Europa 1 654 339 Quadrat-Kilometer mit 4 490 000 Einwohnern, wovon jetzt freilich für die von Bulgarien beanspruchte bisherige autonome Provinz Ost-Rumelien 35 901 Quadrat-Kilometer mit 815 946 Einwohnern in Abrechnung zu bringen sind. Die asiatische Türkei umfaßt in den Vilajets Ghodabenditsar, Arbin, Angora, Diarbekir, Syrien, Adana, Aleppo, Bagdad, Mosul, Jemen, Bagdad und die Wusjetarifits: Cherpuk, Libanon und Jerusalem, und umfaßt 1 889 000 Quadrat-Kilometer mit 16 132 900 Einwohnern. Das türkische Heer wird in Kriegszeiten auf 1 511 299 Mann angegeben; die Kriegszahl soll 758 000 Mann betragen. Die letztere Zahl ist aber sicher zu hoch gegriffen, da auf die asiatischen Truppen bei den in ihrer Heimath herrschenden unregelmäßigen Kämpfen nicht sicher zu rechnen ist. Das türkische Reich umfaßt im Nothfalle 400 000 Mann in's Feld stellen. Aus diesen afrikanischen Besitzungen kann die Türkei keinen Wein erschöpfen, denn Tunis ist französisch geworden, Tripolis unter Gefahr von den Italienern besetzt zu werden und unter englischem Protektorat stehende Egypten hat

lange genug vergeblich selbst einen Sukturs von türkischen Truppen verlangt. Am Rothen Meere haben sich die Engländer, Franzosen und Italiener eingenistet und im Innern Afrikas, wo man den Mahdi höher als den Sultan verehrt, würde derselbe heute ganz wirkungslos die grüne Fahne entfalten lassen.

Trotzdem dürften die Chancen für das kleine Serbien im Kriegsfalle sehr ungünstig sein, wenn der Sultan dem russischen Einfluß folgend den Bulgaren das Zugeständniß der Union mit den Ostrumeliern machte und wenn sich Griechenland durch die Mächte von einem angeblich mit Serbien vereinbarten Einmärschen in Epirus abhalten ließe. Die Vertreter Rußlands haben es sich besonders angelegen sein lassen, den Kabinetten von Belgrad und Athen klar zu machen, daß die Durchlöcherung des Berliner Vertrages durch kriegerische Maßnahmen für sie noch traurigere Folgen haben werde, als für den in Bulgarien herrschenden Prinzen von Battenberg, der von den Russen förmlich in die Acht erklärt ist. Die russische Regierung möchte am liebsten den Fürsten Alexander persönlich für den Bruch des Berliner Vertrages büßen lassen, im Uebrigen aber die Vereinigung Bulgariens sanktioniren und das Land einem russischen Statthalter unterstellen. Der wohlwollende Empfang der bulgarischen Deputation durch den Kaiser Alexander in dem dänischen Schlosse Fredensborg hat in Rußland einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, weil man dort immer die vollständige Befreiung der Bulgaren, wenn auch in anderer Weise als geschehen, wünschte. Der Jar erklärte der Deputation, daß er zwar die Art und Weise ihres Vorgehens streng tadeln müsse, aber nicht daran denke, Bulgarien im Stich zu lassen.

Genau eben so viel Interesse hat aber Oesterreich-Ungarn daran, Serbien, dessen kriegerisches Vorgehen es ebenfalls entschieden mißbilligt, nicht in die Schieue zu lassen, wenn das Kriegsglück gegen die Serben entscheiden sollte. Dieses Land gehört noch weit mehr in die Wirkungskugel Oesterreich-Ungarns als Bulgarien in diejenige Rußlands und es läßt sich nun einmal nicht ändern, daß nicht nur die österreichischen Interessen in Belgrad, sondern auch in den okkupirten Provinzen schweren Schaden erleiden, wenn die abenteuerliche Politik des König Milan ein schlimmes Ende nehmen sollte. Angenehm ist es freilich für die Wiener und Pesther Staatsmänner nicht, daß sich so bald nach den Kaiserthagen von Kremier die Person des Serbenkönigs zwischen Oesterreich und Rußland drängt, aber auf einen solchen Zwischenfall mußte man gefaßt sein, seitdem der Berliner Kongreß Oesterreich als Schildwache Europas mit der Wahrung des Friedens in Bosnien und der Herzegowina betraute. Die neueste Nummer des „Grenzboten“ redet bereits einer Konföderation der Südslaven, Rumänen und Griechen unter der Legide Oesterreichs das Wort. „Oesterreich allein“, heißt es in dem bedeutsamen Artikel, „kann in seinem und zugleich im Interesse der anderen westlichen Mächte, zunächst Deutschlands, den gährenden Unfrieden und die Nebenbuhlerschaft der verschiedenen Rassen am Balkan, die fortwährend mit ihrem Ehrgeiz die allgemeine Ruhe bedrohen und damit zu jeder Zeit einen weitreichenden Brand entzünden können, mit seinem Einflusse im Zaume halten und zurückdrängen. Oesterreich allein kann, wenn in Petersburg einmal wieder ein anderer Geist zur Obmacht gelangt als der jetzt dort herrschende, durch einen Flankenmarsch den Russen Halt gebieten, die auf Konstantinopel vordringen.“ Das Blatt hebt weiter hervor, daß selbst ein wesentlich vergrößertes Serbien nicht im Stande wäre, ohne den Schutz einer Großmacht mit den anderen Balkanvölkern in Frieden zu leben. Die Letzteren würden nicht schlecht fahren, wenn sie eine österreichische Schutzherrschaft an die Stelle der türkischen Tyrannei setzten und dabei sicher besser wegkommen, als wenn sich ihnen der russische Uebermuth so föhrlbar machte, als wie noch vor Kurzem in dem von Rußland protegirt Bulgarien. Die Frage ist nur, ob die österreichisch-ungarischen Staatsmänner Schneidigkeit genug besitzen, um nach dem ersten blutigen Zusammenstoß zwischen Türken und Serben in der rechten Weise einzugreifen. Das tiefere Drama, welches sich in den nächsten Tagen in Ueberserbien abspielt, geht Oesterreich-Ungarn sehr nahe an und bei den engverwundenen Interessen der beiden mittel-europäischen Kaiserreiche kann auch Deutschland dem Ausgang des serbischen Abenteuers nicht gleichgültig zusehen. Unter solchen Umständen erwartet man mit großer Spannung den Wortlaut des bereits im Druck befindlichen Manifestes, welches König Milan vor seiner Abreise nach dem Grenzort Pirot unterzeichnete.

Tageschau.

Freiberg, den 19. Oktober.

In ländlicher Zurückgezogenheit beging gestern der deutsche Kronprinz seinen Geburtstag, an welchem alle Patrioten des Deutschen Reiches um so freudigere Theilnahme empfanden, als der Sohn des Kaisers Wilhelm I. wesentlich mitgearbeitet hat an der Wiedererhebung des Reiches und dessen Zukunft in gloriose Weise verbürgt. Durch seine Siege, seine edle Freimüthigkeit, durch seine ganze Persönlichkeit ist er zu einem nicht mehr dem preussischen Volke allein, sondern allen Deutschen gehörenden Helden geworden. Die Geburtstagfeier fand zu Potsdam im engsten Familienkreise statt, doch dürfte Prinz Wilhelm von Preußen dabei gefehlt haben, da sich derselbe am Freitag bei einer Parforce-Jagd durch einen herabhängenden Zweig eine wenn auch unerhebliche Verletzung zugezogen hat.

Heute tritt in Braunschweig die staatsrechtliche Kommission zusammen, um gemeinsam mit dem braunschweigischen Staatsministerium die Vorbereitungen für die Wahl festzustellen. Die jüngsten Schreiben des Herzogs von Cumberland an die deutschen Fürsten und freien Städte, sowie an das braunschweigische Staatsministerium sind dadurch veranlaßt worden, daß das Ministerium dem Herzog sowohl den Beschluß des deutschen Bundesrathes vom 2. Juli d. J. als auch den seitens der Landesversammlung am 30. Juni d. J. gefaßten Beschluß über die Thronrede in Braunschweig übermittelte hatte. Das braunschweigische Ministerium legt nun in den nächsten Tagen der Landesversammlung beide Schriftstücke vor, welche es, wie dem Landtage ausdrücklich mitgetheilt wird, dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck schriftlich übermittelte, „da Se. I. H. der Herzog von Cumberland Bedenken getragen hat, ein entsprechendes Schreiben, wie das an die übrigen deutschen Fürsten und freien Städte gerichtete, auch an Se. Majestät den deutschen Kaiser und König von Preußen zu richten.“

In der in Berlin tagenden evangelischen Generalsynode wurde folgender Antrag des Herrn von Meist-Rehbow angenommen: „In Erwägung, daß nach der Erklärung des königlichen Kommissars anzunehmen ist, daß der Oberkirchenrath auch künftighin die Beschlüsse der Generalsynode zur Kenntnis des Königs bringen wird, geht die Generalsynode über den Antrag der pommerischen Provinzialsynode zur Tagesordnung über.“

Der Redakteur der „Neuesten Nachrichten“ in München, Vosshard, ist aus der vom Amtsrichter wegen Zeugnißverweigerung gegen ihn verhängten Haft Sonnabend Nachmittag entlassen worden. — In der bairischen Kammer konstatirte der Abg. Frankfurter das Festhalten der bairischen Volksvertretung an der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der bairischen Strafprozeßordnung und bat den bairischen Kriegsminister, sich hierüber zu äußern, worauf dieser bemerkte, er sei wie sein Vorgänger für das Festhalten daran, obgleich manches vielleicht noch zu wünschen laße, aber jedenfalls halte er eine Aenderung für nachtheilig, denn es liege kein Beweis dafür vor, daß durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens die Disziplin geschädigt worden sei.

Die Frage, wie weit die Gebiete, welche die ostafrikanische Gesellschaft erworben hat, noch unter der Souveränität des Sultans von Zanzibar stehen, wird von der „Kolonialpolitischen Korrespondenz“ in folgender Weise erörtert: „Freilich noch ist nicht jede der hier charakterisirten Landschaften unter die Oberhoheit des Deutschen Reiches gestellt worden. Indes, wenn wir vom Standpunkte unseres Nationalstolzes auch wünschen und hoffen, daß die Gesellschaftsflagge aller Orten, wo sie weht, nur die schwarz-weiß-rothe Flagge als alleinberechtigt neben sich findet, so ist diese Frage für die eigentliche Kulturarbeit der Gesellschaft doch nicht mehr von einer prinzipiellen Bedeutung. Mag an gewissen Punkten auch die Oberhoheit des Sultans von Zanzibar anerkannt werden müssen; die Hoheitsrechte gehören ja der Gesellschaft doch auf Grund von Verträgen mit eingeborenen Fürsten, welche auf ihrem eigenen Recht standen, und eine deutsche Macht sind wir auf jeden Fall, da die Zentrallandschaften, wie die Unterjochung über die anderen Provinzen auch ausfallen mag, unter der Oberhoheit des deutschen Kaisers stehen. In den wirtschaftlichen Arbeiten der Gesellschaft kann demnach die noch schwebende Frage, welche ausschließlich eine Angelegenheit zwischen dem Deutschen Reich und dem Sultan von Zanzibar ist, gar nichts mehr ändern, und in diesem Sinne ist die Zanzibarfrage für uns, als Gesellschaft, nunmehr zum Abschluß gekommen. Wonnach wir streben werden, das ist ein möglichst freundschaftliches Verhältnis mit all' unseren Nachbarn, speziell mit dem Sultan von Zanzibar herzustellen, gleichviel, ob er an einigen Punkten unser Suzerän bleibt, oder ob wir ihm auf unserem ganzen Gebiet als deutscher Schutzstaat völkerrechtlich ebenbürtig gegenüberstehen.“